

17/05/2010 - PDG-Debatte über die aktuelle politische Lage auf föderaler Ebene

Belgien steht vor einem großen Umbau.

Ecolo hat dabei 5 Baustellen ausgemacht, die nicht losgelöst voneinander gesehen werden dürfen:

- die institutionelle Baustelle
- die demokratische Baustelle
- die wirtschaftliche Baustelle
- die soziale Baustelle
- die Baustelle Klima und Energie

Zur Baustelle Institutionelles

Die soeben genannten Herausforderungen sind so groß, dass nur eine gefestigte Staatsstruktur diesen begegnen kann. Dazu brauchen wir im Haus Belgien einen wirklichen Umbau. Kleine Restaurierungsarbeiten werden nicht mehr genügen. Zumindest das ist deutlich geworden durch die aktuelle Krise. Wir müssen bereit sein, über den Abriss von alten Wänden und über neue Raumaufteilungen nachzudenken.

Und dabei müssen sich die verschiedenen Parteien auf einen Plan für dieses neue, umgebaute Haus einigen.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung habe ich hier an dieser Stelle auch vor 6 Monaten verteidigt und als Hauptargument dafür angeführt, dass die Ecolo-Fraktion dem Einläuten eines Interessenkonfliktes durch die DG zustimmte. Wir haben damals geglaubt, diese erneute Frist würde zu der einvernehmlichen Lösung führen. Wir haben uns geirrt! Es bleibt der Eindruck, dass unser Parlament vielleicht ausgenutzt wurde. Ja, es bleibt ein bitterer Nachgeschmack.

Natürlich muss die Frage um den Wahlkreis BHV geregelt werden. Es geht aber um mehr als das. Die flämischen Politiker gehen seit Jahren wesentlich offensiver mit der Frage einer Umstrukturierung um. Die frankophonen Politiker nehmen mehr die Haltung ein, möglichst viel vom Altbewährten beizubehalten und in puncto Veränderung nur soviel wie unbedingt notwendig nachzugeben.

Einzelne frankophone Parteien scheinen seit dem Scheitern der letzten Verhandlungen (durch den Ausstieg der VLD) die Notwendigkeit einer Staatsreform neu einzuschätzen und sich diesem Gedanken nicht mehr ganz zu verschließen.

Ecolo jedenfalls ist diese Notwendigkeit bewusst. Wir sind offen für diese Überlegungen.

Wir Grüne sind auf jeden Fall der Meinung, dass das Land dringend und prioritär mit regierungsfähigen, stabilen Strukturen ausgestattet werden muss, damit man sich den großen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellen kann. Wir sind offen für den Umbau.

Bei der Weiterführung der Staatsreform ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, dass die DG gleichwertiger Gliedstaat bleibt. Weder das in flämischen Kreisen bisher vorherrschenden 2+2-Modell - 2 Teilstaaten (Wallonie, Flandern) + 2 Teilgebiete (Brüssel, DG) -, noch das 3 + 1 Modell (drei Regionen: Flandern, Wallonie, Brüssel + andererseits DG) sind für uns akzeptabel. Wir wollen die Deutschsprachige Gemeinschaft als 4. gleichwertige Komponente sehen. Unter deutschsprachigen Parteien sind wir wohl größtenteils darüber einig. Es muss allerdings noch viel Überzeugungsarbeit bei den Frankophonen aller Parteien und bei den Flamen geleistet werden.

Zur Baustelle Demokratie

Nicht nur die institutionellen Strukturen müssen in Belgien geändert werden. Wenn wir das Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die politische Sache wiedergewinnen wollen, muss auch die parlamentarische Demokratie modernisiert werden.

Dazu zählt die Einführung eines nationalen Wahlkreises, den Ecolo und Groen! schon seit Jahren fordern. Nur wenn belgische Politiker und Politikerinnen die WählerInnen der drei Sprachgruppen überzeugen und sich vor ihnen allen rechtfertigen und verantworten müssen, wird wieder ein gesamtbelgisches Staatsdenken möglich.

Dieser föderale Wahlkreis würde auch den so notwendigen Dialog zwischen den politischen Familien im Norden und im Süden unseres Landes fördern. Es ist für uns unumgänglich, dass die politischen Familien im Norden und Süden des Landes ständig zusammenarbeiten, sich auf gemeinsame Schwerpunkte und Richtlinien einigen und diese gemeinsam vor allen Belgierinnen und Belgiern vertreten. Ecolo und Groen! praktizieren das als Einzige seit Jahren.

Daneben müssen auch neue Möglichkeiten geschaffen werden, mit denen die Bevölkerung viel aktiver als dies bisher der Fall ist, an Entscheidungsprozessen beteiligt wird.

ECOLO schlägt zum Beispiel vor, dass die Volksbefragung auf allen Ebenen eingeführt wird.

Um unser politisches System zu modernisieren, ist es notwendig, bewährte Methoden der Bürgerbeteiligung, wie z.B. auch Open Space oder Bürgerkonferenzen konsequent einzusetzen. Die Menschen heute wollen mehr als einmal alle 4, 5 oder 6 Jahre ihre Stimme abzugeben.

Zumindest die politisch Interessierten wollen mehr mitmischen. Darüber sollen wir uns freuen. Die Politik muss die entsprechenden Instrumente zur Verfügung stellen.

ECOLO möchte zum Beispiel das Modell des Bürgerhaushalts auf Ebene der Gemeinden und der DG einführen. Über diesen Weg können die Bürgerinnen und Bürger Teile des Haushalts selbst bestimmen. In der DG könnte die Bevölkerung zum Beispiel über die Prioritäten im Infrastrukturplan entscheiden, nachdem das Gemeinschaftsparlament den finanziellen Rahmen festgelegt hat.

Zur Baustelle Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass die Liberalisierung und Deregulierung uns in die Katastrophe führt. Dem freien Markt müssen einfach Grenzen und Richtlinien gesetzt werden, damit sozialen und ökologischen Zielsetzungen Rechnung getragen wird.

Regulierung ist also angesagt.

Regulierung, die die Grünen seit jeher eingefordert haben und dabei bis vor wenigen Monaten von keiner traditionellen Partei – weder von den liberalen Parteien (was verständlich ist), noch von den anderen (was dann eher überrascht) – unterstützt worden. Jetzt haben sich „**die Aussagen**“ geändert. Konkrete Schritte sind dem allerdings noch nicht gefolgt. Die Banken bieten weiterhin ohne Kontrolle ihre strukturierten Finanzprodukte und spielbankähnlichen Derivate an. FinanzspekulantInnen können weiterhin problemlos mit ihren Spekulationsgeschäften die öffentlichen Haushalte ruinieren. Eine Tobin-Steuer (also eine Steuer auf Börsenspekulationen) ist noch immer in weiter Ferne.

Wir brauchen auch einen grundlegenden Umbau in unserem Wirtschaften: Der Umbruch vom rein konsumorientierten, verschwenderischen System zu einem nachhaltigen, respektvollen Umgang mit den Menschen und mit den natürlichen Ressourcen muss in die Wege geleitet werden.

Zur Baustelle Soziales

Alle Entscheidungsträger wissen seit längerer Zeit, dass unser System der Sozialen Sicherheit den veränderten Umständen angepasst werden muss. Es geht vor allem darum, die Finanzierung dieses Systems – für das unsere Vorfahren gekämpft haben – abzusichern und dabei das Prinzip der Solidarität beizubehalten. Wir brauchen eine strukturell abgesicherte Ausdehnung der Finanzierungsbasis für die Soziale Sicherheit. Wenn Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden, muss die Sozialkasse nicht mehr allein durch Abgaben auf Lohn- und

Gehaltskosten gespeist werden. Es müssen auch Abgaben auf Basis der „Maschinenerträge“, sprich Betriebsgewinne, berechnet werden.

Wenn – volkswirtschaftlich gesehen – nicht die Einkommen aus einer beruflichen Tätigkeit sondern vor allem die Einkommen aus Finanztätigkeiten steigen, dann müssen diese Einkommen besser und gerechter besteuert werden und mit dazu beitragen, die Sozialkassen zu speisen.

Wenn die Armut in Belgien drastisch gestiegen ist, dann liegt das zum Großteil daran, dass die Ersatzeinkommen (Renten, Arbeitslosen- und Invalidengelder) nicht gleichwertig mit dem allgemeinen Lebensstandard angestiegen sind. Deshalb wollen wir besonders in diesem europäischen Jahr des Kampfes gegen die Armut daran erinnern, dass die Ersatzeinkommen wirklich die Menschen vor Armut schützen und demzufolge diese Beträge zumindest über der Armutsgrenze liegen müssen. Auch das gehört zum Umbau und zur Staatsreform!

Zur Baustelle Klima und Energie

Man scheint ihn vergessen zu haben, den Klimawandel. Und somit auch die hiermit verbundene notwendige Umpolung unserer Energiewirtschaft. Aber trotz Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt der Klimawandel weltweit die große Herausforderung.

Die Grünen plädieren weiterhin für eine nationale Klimaunion (Union nationale pour le climat), wo Föderalstaat, Regionen und Gemeinschaften gemeinsam mit den Kommunen eine konsequente Politik im Bereich des Energiesparens und der Reduzierung des Energiekonsums umsetzen. Dies gekoppelt mit einem Nationalplan, bei dem alle öffentlichen Ebenen dazu beitragen, den Wechsel hin zu den erneuerbarer Energien zu schaffen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,
der institutionelle Umbau Belgiens ist notwendig. Er soll aber nicht zum Selbstzweck werden. Dieser Umbau macht nur Sinn, wenn die neuen Strukturen es erlauben weiterhin gemeinsam die Interessen Gesamtbelgiens und der Bevölkerung besser zu vertreten, deren Lebensbedingungen so zu verbessern und zu verändern, dass sie heute und für die nächsten Generationen Chancen bieten.

Franziska Franzen,
ECOLO-Fraktion